

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Wochenblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Vierteljährl. 6.50 M., monatl. 2.20 M., durch die Post vierteljährl. 6.60 M. (ohne Postgebühren). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der werten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 50 Pfg., für auswärtige Anzeigen 60 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft). Reflame und Eingefandt die Zeile 120 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Diele.

Verantwortlich: Konrad Hofkapper, Bad Schandau

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schönau, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 73

Bad Schandau, Sonnabend, den 27. März 1920

64. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Das gesamte Reichskabinett hat seine Entlassung gegeben. Mit der Neubildung wurde Außenminister Müller beauftragt.
- Der Ministerialdirektor beim Reichspräsidenten Krüger hat wegen politischer Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichspräsidenten seinen Abschied nachgeholt, der ihm bewilligt worden ist.
- Der Frontbericht der Roten Armee dementiert jetzt selbst die Nachricht, daß Wesel genommen worden sei.
- Die bisherige Zahl der Opfer in Wesel durch die Beschießung wird auf 22 Tote und 40 Verwundete angegeben.
- Die Zahl der Verwundeten bei dem Explosionsunglück in Lanfritz beläuft sich auf über 100.
- Abgeordneter Traub hat am 13. März seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt.

## Rost.

Die Schornsteine rauchen wieder, die Räder drehen sich, und die arbeitsgewohnten Menschen, Männlein und Weiblein, alt und jung, gehen wieder ihrer Beschäftigung nach. Aber es steht fast so aus, als wenn die zehntägige Untätigkeit ihre Glieder steif gemacht hätte. Noch will ihnen nichts Neues von der Hand gehen, noch liegt es wie eine Lähmung auf den Gehirnen. Es muß erst „aufgeräumt“ werden allenthalben, der Rost, der Schmutz, der sich während des Generalstreiks in Werkstätten und Fabriken, in Kontoren und Büros angeammelt hat, muß erst entfernt, der glatte, rasche Lauf der Maschinen wieder ermöglicht werden, ehe die frühere Leistungsfähigkeit des Schaffens, die hergebrachte Ergiebigkeit der Produktion wieder erreicht werden kann. Noch fehlt es daran an allen Ecken und Enden, und nicht überall hilft guter Wille so, wie es sich gehörte, bei dieser sehr dringlichen Reinigungsarbeit.

Da ist eine städtische Gasanstalt, die während der Arbeitsruhe nur mit Mühe und Not vor völligen Erliegen bewahrt werden konnte. Einige wenige Meister und Aufseher vermochten es nicht über's Herz zu bringen, das kostbare Werk mit seinen unschätzbaren Anlagen und Vorräten im Stich zu lassen; sie hatten auch einmal etwas von lebenswichtigen Betrieben gehört und waren der Meinung, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Heizstoff vor allem unter diesen Begriff einzureihen sei. Mit ihrer Hilfe und opferbereiter Unterstützung tatkräftiger Männer aus der Bürgerschaft ist es denn auch wirklich gelungen, wenigstens ein Mindestmaß von Gaslieferung an die Einwohner aufrechtzuerhalten und die Anstalt vor Verfall und Verderb zu bewahren, so daß der Betrieb jetzt wieder, soweit die Kohlenvorräte es gestatten, in früherem Umfang aufgenommen werden könnte. Aber nun kommen die Arbeiter und fordern — neben Bezahlung der Streiktaxe — die Entlassung jener Meister und Aufseher, obwohl sie nicht bestreiten können, daß hier nicht in erster Linie das vorliegt, was man sonst einen Streikbruch zu nennen pflegt. Nur diesen Leuten haben sie es überhaupt zu verdanken, daß der Betrieb jetzt schon wieder in Gang gesetzt werden kann; denn wenn es nach den Streikenden gegangen wäre, hätte sich keine einzige Hand in den Streiklagen in der Gasanstalt rühren dürfen, so daß man erst nach Wochen wieder mit der Gasherstellung hätte beginnen können. Trotzdem sollen die wahren Helfer in der Not rückwärts auf die Straße gesetzt werden. Die Direktion wehrt sich gegen diese „schreiende, nicht wieder gut zu machende Ungerechtigkeit“ — wird sie aber fest bleiben können gegenüber einem Wahnsinn, dem sich eine gewisse Methode nicht absprechen läßt?

Und dann: ist der Druck, der auf den Gemütern lag, schon gewichen, so daß die Gedanken sich wieder, unbekümmert um Stahlhelm und Flintenkugeln, unverkürzt der Arbeit zuwenden zu können? Ach, von diesem bescheidenen Idealzustand kann doch noch lange keine Rede sein. Man ist zehn Tage nicht beisammen gewesen, zehn Tage voll weltbewegender, grundstürzender Ereignisse, zehn Tage ohne Zeitungen und ohne Verkehrsmöglichkeiten, und hat sich nun natürlich unendlich viel zu erzählen. Und nicht nur das. Hinter den Kulissen wird immer noch getagelt und beraten, verhandelt und entschieden und niemand kann wissen, ob die Lage, die nur oberflächlichen Beurteilern heute schon einigermaßen geklärt erscheinen kann, nicht morgen bereits wieder ein gänzlich unverändertes Aussehen zeigt. Ob, wer heute noch ist, nicht morgen schon Kellner sein wird, ob alle Vereinbarungen mit Gewerkschaften und Parteileitungen in wenigen Stunden nicht wieder durch einen neuen Sturm wird fortgeblasen sein werden, als wären sie niemals gewesen. So liegt die allgemeine Unsicherheit vielen Arbeitswilligen wie Blei in den Gliedern. Lohnt es denn überhaupt noch sich anzustrengen, wenn man nicht weiß, nicht wissen kann, was der nächste Tag bringen mag?

Wenn dieser Rost von Maschinen und Händen, von Gehirnen und Herzen wieder beseitigt werden soll, müssen die Menschen endlich ein Einsehen haben, die von Haß und

Streit, von Herrschsucht und Machtbegehrt immer noch nicht lassen können. Die Frühlingssonne allein kann es nicht schaffen, so wundervoll sie auch rings in der Natur alles Verjüngt und Erstarrte zu neuem Leben wachruft.

Dr. Sy.

## Rücktritt des Reichskabinetts.

### Außenminister Müller mit der Neubildung beauftragt?

In letzter Stunde erwachsen der Umbildung des Reichskabinetts, die Donnerstagabend schon als feststehend erschienen, große Schwierigkeiten. Von seiten der Gewerkschaften, denen in den bei Beendigung des Generalstreiks vereinbarten Bedingungen Einwirkung auf die Neugestaltung eingeräumt wurde, erhob sich Widerspruch gegen das Verbleiben des Reichsministers Schiffer im Amt. Man warf ihm vor, sich mit der Kapp-Regierung überhaupt in Verhandlungen über die Beendigung des Pulsches eingelassen zu haben. Auch gegen die Übernahme der Nachfolge Erbergers im Finanzministerium durch den Direktor der Hamburg-Amerika-Linie Cuno verstummte der Widerspruch nicht, auch Schilke als Arbeitsminister wie bisher blieb nicht ohne Anfechtung.

In der Schiffer-Frage scheiterte schließlich die Umbildung und Reichskanzler Bauer reichte infolgedessen Freitag vormittag 11 Uhr die Demission des Gesamtkabinetts ein. Reichspräsident Ebert hat dem Minister des Auswärtigen, Herrn Hermann Müller, der sozialdemokratischen Partei angehört, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Wie der Vorwärts mittelt, habe Müller von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß die Demission des Gesamtkabinetts unvermeidlich sei und daß ein Kabinett der republikanischen Verteidigung, ein Kampfkabinett gegen rechts an seine Stelle treten müsse.

Ferner wurde bekannt, die Sozialdemokratie habe die Ansicht vertreten, daß dem Einsprüche der Gewerkschaften stattgegeben werden müsse, während die Demokraten Schiffer keinesfalls fallen lassen wollten und aus dieser Frage eine Kabinettsfrage für ihre ganze Partei machten. Eine Freitag nachmittag ausgegebene W.-L.-B.-Meldung berichtete, der Reichspräsident habe noch keine Entscheidung darüber getroffen, wen er mit der Neubildung beauftragen werde. Daraus wurde gefolgert, die Mission Müllers sei gleich im Anfang gescheitert. Aus parlamentarischen Kreisen will ein Berliner Abendblatt gehört haben, der Rücktritt Bauers sei auch darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften die Forderung an Bauer richteten, er solle ein Kabinett bilden aus Mitgliedern der Unabhängigen, Mehrheitssozialisten und dem Zentrum.

### Die Frage einer reinen Arbeiterregierung

tritt mit dieser neuen Situation wieder in den Vordergrund. Das bestätigt auch die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, während der „Vorwärts“ bemerkt, da die Bedenken der Unabhängigen die Bildung einer solchen Regierung sehr erschwere, so würde man schon zufrieden sein müssen, wenn ein neues Kabinett aus zuverlässigen Republikanern zustande käme, das sich den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterschaft nicht verschließen und den Kampf gegen die Rechte mit voller Schärfe aufnehmen. Der rechtsstehende „Lokal-Anzeiger“ ist der Meinung, der Anfang unseres innerpolitischen Unglücks liege in der schroffen Einseitigkeit der Parteiherrschaft, die die Parteien der Linken aufgerichtet haben. Je länger sie andauere, desto unerträglicher und unmöglicher mühten ihre Folgewirkungen werden. Die Zeit scheint gekommen zu sein, daß diese Wahrheit auch vom Zentrum und von der Demokratie nicht mehr länger verkannt werden könne. — Die Tagung der Nationalversammlung, die Freitag stattfinden sollte, ist infolge der Krisis einstweilen verschoben worden.

### Die Stellung der demokratischen Partei

drückt sich in ihrer Erklärung zu den Zuständnissen an die Gewerkschaften aus, die in der Nacht vom 19. zum 20. März gemacht wurden und zum Abbruch des Generalstreiks führten. Die Demokraten glauben der Durchführung dieser Forderungen nur dann beistimmen zu können, wenn die Reichsverfassung und die demokratische Gleichstellung aller Volksgenossen streng gewahrt bleiben, ebenso die Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Produktion auf allen Gebieten zu steigern. Ferner werden gefordert noch vor den Neuwahlen der am Nationalversammlung: Entwaffung und Verstraffung der am Staatsstreik Schuldigen, Demokratisierung und gründliche Reinigung der Verwaltung von gegenrevolutionären Persönlichkeiten; Auflösung der gegenrevolutionären militärischen Formationen, die der Verfassung nicht treu geblieben sind und ihre Erhebung durch Formationen aus allen Kreisen und ihrer Erhebung durch republikanische Bevölkerung; Einsetzung verfassungstreuer Führer; Einberufung der Sozialisierungskommission.

## Das preussische Ministerium vor dem Sturz.

Die Vorgänge in der Reichsverwaltung scheinen auch das preussische Ministerium nicht ungefährdet zu lassen. Das Kabinett Hirsch soll kurz vor dem Sturz stehen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung hat bereits eine neue Ministerliste präsentiert, der zufolge der bisherige Ministerialdirektor beim Reichspräsidenten, Genosse Franz Krüger, nachdem er wegen politischer Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten Ebert seinen Abschied genommen, an die Spitze der preussischen Staatsregierung treten soll. Das Ministerium des Innern soll Sebering, das der Finanzen an Stelle von Südekum Herr Lüdeman übernehme.

Die bisherigen Minister Braun für Landwirtschaft und Gaentisch für Volksbildung sollen bleiben, zwei Demokraten und zwei Zentrumsvorteiler sich ihnen angliedern. Damit wäre die bisherige Koalition gewahrt geblieben, obwohl nach den Ereignissen im Reich andere Kombinationen sehr nahe gerückt sind. Ministerpräsident Hirsch hatte bereits vor fünf Tagen seiner Fraktion den Rücktritt angeboten, wurde damals aber gebeten, vorläufig zu bleiben.

## Die Kämpfe im Ruhrrevier.

### Wesel noch nicht gefallen.

Die Meldung der Zeitung der Roten Armee, daß Wesel bereits in ihren Händen sei, stellt sich als falsch heraus. Dieses gibt der neueste „Frontbericht“ der Roten Armee selbst zu, indem er sagt:

Die Kampfleitung der Roten Armee veröffentlichte gestern folgenden Lagebericht: Die Roten Truppen sind im Laufe des gestrigen Tages weiter vorgerückt. Von Gallien aus verläuft die Front, da die Spitze jetzt zum größten Teil beschossen ist, über Esle, biegt dann nach Süden ab, um sich in einen schwachen Bogen nach Westen zu wenden, wo die Truppen zwischen Wesel und Dinslaken stehen. Ein Detachement hat Friedrichsfeld besetzt und steht in Verbindung mit der Front. Einer kleinen Abteilung gelang es bereits, bis Wesel heranzukommen, sie konnte aber wegen ihrer Schwäche dort nicht ausrichten.

Weiter heißt es in dem Bericht: In der Richtung auf Münster zu sind Dülmen und Neusiefen von unseren Truppen erreicht. Erkundigungspatrouillen kamen bis dicht vor Münster und stellten fest, daß in und um Münster wegen des Vormarsches der Roten Armee große Aufregung herrscht.

### Ergebnislose Verhandlungen.

Die Lage ist im wesentlichen unverändert. Bei Beddenberg haben die Spartakiden einen Parlamentär zu den Regierungstruppen entsandt und Waffeniederlegung angeboten. Die Verhandlungen sind aber ohne Ergebnis verlaufen. Von den südlich Wesel stehenden Spartakiden war ebenfalls ein Parlamentär entworfen. Der Abwärtskommandeur General v. Karbisch ist der Ansicht, daß diese Verhandlungen von den Spartakiden nur gesucht werden, um Zeit zu gewinnen und nach einer Atempause den Kampf um so nachdrücklicher wieder aufzunehmen. Verhandlungen und Abmachungen seien daher zwecklos, zumal da der Gegner sich an seine Versprechungen doch nicht halte. Der Kampfwert der roten Truppen wird hier gering eingeschätzt. Die Haltung der Weseler Truppen ist in jeder Beziehung anerkennenswert.

### Defferung in Halle.

Die Lage in Halle hat sich wesentlich entspannt, da der militärische Befehlshaber von Halle sich bereit erklärt hat, diejenigen, die entgegen dem Abkommen in den letzten 48 Stunden verhaftet wurden, wieder frei zu lassen. Nur 16 Personen sollen in Haft gehalten werden. Sie haben sich gemeiner Verbrechen schuldig gemacht. Günstigen Eindruck hat es gemacht, daß die Verhängung des Standrechts durch den militärischen Befehlshaber von Halle auf telegraphischen Befehl von Berlin wieder aufgehoben wurde. Es werden in den Straßen Flugblätter verteilt, in denen die Arbeiterorganisationen den Abbruch des Generalstreiks empfehlen.

### Einmarsch in die neutrale Zone.

Der Rat der Entente hat beschlossen, der Regierung des Deutschen Reiches die nachgeforderte Ermächtigung zu gewähren zur Entsendung von Truppen nach der neutralen Zone des rechten Rheinufers, soweit dies zur Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrrevier notwendig ist. Der französische Ministerpräsident Millerand hat namens der französischen, englischen und italienischen Regierung seinen Widerstand gegen die Verwendung größerer Truppenmassen in der Rheingone fallen lassen. Er hat dabei besondere Bedingungen durchgesetzt in bezug auf räumliche und zeitliche Einschränkungen der anwesenden deutschen Truppen. Falls also das Ruhrgebiet bald zur Ordnung zurückkehrt, dürfte die Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebiets durch die Entente als beseitigt an-